

2. kurzfristig eine neue Vorlage zu unterbreiten, die die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Terrorismus schafft.
3. in einem Bericht aufzuzeigen, wie dem Auftrag von Artikel 16 BV und der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern in einer Weise entsprochen werden kann, die den föderalistischen Anliegen besser entspricht.

Sprecher: Hunziker

135/78.308 I Liberale und evangelische Fraktion – Kernenergie. Erklärung der Bellerive-Gruppe (18. Januar 1978)

Die Gruppe Bellerive, der hohe Persönlichkeiten des Geisteslebens, der Wissenschaft und der Politik angehören, stellt in ihrer Erklärung vom 3. Oktober 1977 fest, dass die Auseinandersetzung über die Nutzung der Kernenergie festgefahren ist. Der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie werde immer heftiger, und die Meinungen polarisierten sich mehr und mehr, so dass sich die Befürworter, welche die Kernenergie als Allheilmittel betrachten, und die entschiedenen Gegner jeder Kernenergienutzung in einer unfruchtbaren Diskussion gegenüberstünden. Zur Überwindung dieser ausweglosen Situation schlägt die Gruppe Bellerive vor, dass jedes Land, das von der Auseinandersetzung über die Kernenergie betroffen wird, ein Beratergremium einsetzt, das sich über die festgefahrenen Positionen hinwegzusetzen vermag und das Problem überdenkt und prüft.

Was meint der Bundesrat zu dieser Anregung?
Ist er bereit, darauf einzugehen?

Wie wäre allenfalls bei der Einsetzung dieses Gremiums vorzugehen?

Sprecher: Dürrenmatt.

136/78.530 I Fraktion der Partei der Arbeit und der PSA – Motorfahrzeug-Haftpflicht-Versicherung. Prämienerrhöhung (23. Oktober 1978)

Der vom Eidgenössischen Versicherungsamt genehmigte Beschluss der Versicherungsgesellschaften, die Prämien der Haftpflichtversicherung für Automobile um durchschnittlich drei Prozent und für Motorräder um 33 Prozent zu erhöhen, erscheint kaum verständlich und angesichts der guten Rechnungsabschlüsse der Versicherungsgesellschaften ungerechtfertigt.

Die Fraktion der PdA/PSA fragt den Bundesrat:

- Aufgrund welcher Kriterien wurde das Gesuch um Prämienerrhöhung genehmigt?
- Sollte die Frage nicht nochmals geprüft und die Erhöhung allenfalls rückgängig gemacht werden?

Sprecher: Carobbio

137/78.543 I Fraktion der Partei der Arbeit und der PSA – Preiserhöhung für Benzin und Heizöl (27. November 1978)

In den vergangenen Wochen haben die wichtigsten Erdölimportfirmen eine Preiserhöhung für Benzin und Heizöl angekündigt. Andere Erhöhungen sind für die Zukunft vorgesehen. Die Entscheidung wurde mit dem gestärkten Dollarkurs und mit Versorgungsschwierigkeiten begründet.

Die Fraktion der PdA/PSA fragt den Bundesrat dringend an:

- a. ob diese Erhöhung berechtigt gewesen sei;
- b. welche Haltung die Bundesbehörden und besonders der Beauftragte für die Preisüberwachung gegenüber den Begehren nach Preiserhöhung eingenommen haben;
- c. ob er nicht beabsichtigt, unverzüglich einzugreifen, um die Entscheidung der Erdölimporteure rückgängig zu machen und jede weitere ungerechtfertigte Preiserhöhung zu verbieten.

Sprecher: Carobbio

× 138/76.509 P Sozialdemokratische Fraktion – Soziale Sicherheit (16. Dezember 1976)

Unser Sozialversicherungssystem weist Lücken auf, verhindert andererseits Überversicherungen nicht immer. Es braucht Koordinationsregeln, um ein nahtloses System der Sozialen Sicherheit auch in unserem Lande zu verwirklichen.

Der Bundesrat wird deshalb ersucht,

- a. einen Bericht über die Lücken in unserem System der Sozialen Sicherheit beim Zusammenspiel der verschiedenen Versicherungsträger zu erstellen und Lösungen zur Schliessung dieser Lücken aufzuzeigen;
- b. festzulegen, was unter dem Begriff «Überversicherung» zu verstehen und wie in diesem Zusammenhang die Frage der Leistungsanpassungen an die Preis- und Lohnentwicklung zu regeln ist;
- c. die Bemühungen im Bereiche der Koordination unter den Sozialversicherungswerken mit Ziel eines nahtlosen Systems der Sozialen Sicherheit beförderlich voranzutreiben.

Sprecher: Müller-Bern

1978 14. Dezember. Beschluss des Nationalrates: Das Postulat wird angenommen.

139/77.308 M Sozialdemokratische Fraktion – Autobahngebühren (14. März 1977)

Der Bundesrat wird beauftragt, den eidgenössischen Räten raschmöglichst eine Aenderung von Artikel 36^{ter} BV und eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach der Bund die Kompetenz erhält, für die Benützung des Nationalstrassennetzes von allen Motorfahrzeugen eine Vignettengebühr pro Kalenderjahr zu erheben, wobei der Schwerverkehr wesentlich höher zu belasten ist.

Gleichzeitig wäre zu prüfen, ob der Vignettenertrag ganz oder teilweise für ein zusätzliches nationales Forschungsprogramm zur Förderung einer neuen Energiepolitik (Sparmassnahmen und Entwicklung neuer Energieträger) und zur Förderung des öffentlichen Verkehrs zu verwenden ist.

Sprecherin: Uchtenhagen

140/77.493 M Sozialdemokratische Fraktion – Waffenloser Militärdienst (8. Dezember 1977)

Die heute noch gültige bundesrätliche Verordnung über die Aushebung der Wehrpflichtigen vom 20. August 1951 bestimmt in Artikel 26, Absatz 2: «Rekruten, die den Nachweis erbringen, dass sie aus Gewissensgründen nicht bei einer kombattanten Truppengattung Dienst leisten können, sind der Sanität zuzuteilen.»

Die Kreisschreiben, die als Beilage zu den Weisungen für die Aushebung vom Stab der Gruppe für Generalstabsdienste, Sektion Heeresorganisation, ausgegeben werden, verlangen als unabdingbare Voraussetzung für die Einteilung zum waffenlosen Dienst, dass der Stellungspflichtige «aus religiösen und ethischen Gründen in schwerer Gewissensnot» handle.

Diese restriktive Interpretation widerspricht der Verordnung.

Der Bundesrat wird beauftragt,

1. die Zuteilung zum waffenlosen Dienst gemäss der bundesrätlichen Verordnung sicherzustellen und einschränkende Weisungen aufzuheben.
2. bei Gesuchen um Einteilung zum waffenlosen Dienst das Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 anwenden zu lassen.
3. die Möglichkeit zu schaffen, Stellungspflichtige, die bei der Aushebung wohl diensttauglich erklärt wurden, aber eindeutig und medizinisch erwiesen aus psychiatrischen Gründen keinen Dienst leisten können, nachträglich und ohne Prozessverfahren auszumustern.

Sprecher: Eggenberg

141/77.505 M Sozialdemokratische Fraktion – Ausländische juristische Personen. Haftung (13. Dezember 1977)

Der Bundesrat wird eingeladen, anlässlich der sich in Vorbereitung befindlichen Kodifikation des schweizerischen internationalen Privatrechts der Bundesversammlung den Erlass einer Bestimmung mit sinngemäss folgendem Wortlaut zu beantragen:

«Erweckt eine Gesellschaft, die dem ausländischen Recht lediglich aufgrund der Erfüllung der Publizitätsvorschriften untersteht, den Anschein, dass sie nach schweizerischem Recht bestehe oder dass ihre Geschäfte in der Schweiz oder von der Schweiz aus geführt werden, so haften für ihre Schulden gegenüber Dritten die Personen, welche sie beherrschen oder für sie handeln oder ihre Tätigkeit bestimmen, solidarisch.»

Sprecher: Schmid-St. Gallen